

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M	Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 26, Klaus-Groth-Strasse 1, L. Stod Fernsprecher: Nordsee 9246	Postcheckkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598
---	---	---

Bau-Winterarbeit.

Unser Verbandsvorstand arbeitet schon seit Jahren durch eigene Maßnahmen, besonders aber durch öftere und eingehende Anregungen an die Bezirksleitungen, vor allem aber an die am meisten in Betracht kommenden Filialverwaltungen daran, Winterarbeit für das Malergewerbe zu beschaffen. Die hauptsächlichsten Auftraggeber und die öffentliche Meinung müssen immer und immer wieder durch Zuschriften, persönliche Vorstellungen und durch die Presse darauf aufmerksam gemacht werden, daß es ein altüberliefertes — jetzt aber noch viel weniger als früher angebrachtes — Vorurteil ist, wenn angenommen wird, daß im Winter hergestellte Malerarbeiten etwa weniger haltbar sind, als bei wärmerer Temperatur ausgeführte. Es ist vielmehr festzustellen, daß die Arbeiten im Winter, wo in der Regel die qualifiziertesten und genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, fachtechnisch einwandfreier, ergatter und langlebiger erledigt werden können, zumal im allgemeinen im Hochsommer die körperliche Arbeitsleistung naturgemäß sinkt und Farbenmaterialien leichter verderben. Die Hast bei der Arbeitsverlebung unter Verwendung oft völlig ungeschulter Hilfskräfte kann der qualitativen und fachtechnisch einwandfreien Ausführung der Arbeiten unmöglich nützlich sein. Ferner wird aber auch bei dem bisherigen planlosen Verlauf der Auftragsverlebung der Arbeitsmarkt so nachteilig beeinflusst, daß sowohl die dadurch ganz unnötig mit Arbeitslosigkeit heimgesuchte Gehilfenenschaft und die Träger der Arbeitslosenversicherung durch unnötige finanzielle Belastung so allgemein geschädigt, daß hier nicht einmal nur berufliche und persönliche Interessen vorliegen. Und auch die Malermeister sind an der Frage sicher ebenso sehr interessiert.

Die Geschäftsführer des Verbandes sozialer Bau-Vertriebe, Astor und Dr. Wagner, Berlin, haben im Herbst dieses Jahres zum Studium der amerikanischen Bau- und Finanzwirtschaft eine Reise nach Nordamerika gemacht. In den beiden Zeitschriften „Soziale Bauwirtschaft“ und „Bauwirtschaft“ veröffentlichten sie jetzt ihre dort gewonnenen Erfahrungen über die Probleme der wirtschaftlichen Betriebsführung im Baugewerbe. Unter der Überschrift bringt in Nr. 21 der „Sozialen Bauwirtschaft“ Dr. Martin Wagner einen Artikel, der auch unsere Berufskollegen von besonderem Interesse ist, weil er die Arbeitsbeschaffung im Malergewerbe für die Wintermonate streift. Darin wird geschildert, welche Maßnahmen die Amerikaner zur Verstopfung der durch die Winterzeit bedingten Leerlaufquellen in Vorschlag gebracht haben.

Eine aus führenden Köpfen des amerikanischen Baugewerbes zusammengesetzte Kommission hat die uns am meisten überraschende Feststellung gemacht, daß die Bau-Winterarbeit billiger ist als die Bau-Sommerarbeit in Hochkonjunktur. Die Begründung dieser Feststellung wird wie folgt gegeben: 1. Ersparnis an Arbeitslohn, weil der Ertrag der Arbeit im Winter größer ist als in Hochkonjunktur im Sommer. Die Ersparnis wird auf 2 1/2 % der Gesamtbaukosten veranschlagt. 2. Im Winter stehen die besten Arbeitskräfte zur Verfügung. 3. Einschränkung schlechter Arbeit durch ungelübte und minderwertige Arbeitskräfte, die in der Zeit der Hochkonjunktur angenommen werden müssen. 4. Die Arbeiter im Winter ergebnischer, wenn sie die Baustellen und den Unternehmer nicht zu wechseln brauchen. 5. In der Stillen Hochkonjunktur ist das Material billiger. 6. Die Unternehmer müssen sich im Winter mit einem geringeren Gewinn begnügen. 7. Ersparnisse an Kapitalzinsen für etwa drei bis vier Monate. 8. Geringere Schwierigkeiten bei der Bahnanladung (günstigere Frachttarife usw.). 9. Im Hochsommer sinkt die Arbeitsleistung der Arbeiter und anderes mehr.

Alle diese erzielbaren Ersparnisse bei der Winterarbeit sind von einer Reihe von Maßnahmen, die sich für diese Winterarbeit spezialisiert haben, zahlenmäßig nachgewiesen. Insbesondere heben die Unternehmer hervor, daß

nach Einführung stabilisierter Arbeit der Wechsel der Arbeiter von Betrieb zu Betrieb stark nachgelassen habe. Wenn man bedenkt, daß es in Amerika — bei uns liegen die Verhältnisse nicht anders — Bauarbeiter gibt, die in 5 1/2 Jahren 76 mal den Unternehmer und 108 mal ihr Arbeitsverhältnis gewechselt haben, dann kann man wohl glauben, daß bei stetiger Arbeit der Arbeitsvertrag der Bauarbeiter wesentlich steigen muß. Eingehende Feststellungen für alle baugewerblichen Berufe haben ergeben, daß das Arbeitsjahr im amerikanischen Baugewerbe 276 Arbeitstage umfaßt. Der ganze Bauapparat wird dank der ungenühten Leerläufe aber nur für durchschnittlich 190 Arbeitstage in Anspruch genommen. Es erscheint uns darum verständlich, daß die amerikanischen Unternehmer bei den höheren Löhnen, der technisch kostspieligeren Ausrüstung der Baustellen darauf bedacht sind, die Leerlaufzeiten durch eine Stabilisierung der Arbeit zu überwinden.

Welche Mittel werden für diese Stabilisierung der Arbeit angewandt?

Die Fachleute Amerikas sind sich im Klaren darüber, daß das Leerlaufproblem nur dann gelöst werden kann, wenn Unternehmer und Arbeiter in dieser Frage Hand in Hand arbeiten; und in der Tat, auf diesem engeren Wirtschaftsgebiet dürfte es zwischen den beiden Hauptkontrahenten kaum einen unüberbrückbaren Gegensatz geben. Die Unternehmer sollten das gleiche lebenswichtige Interesse nach dauernder Beschäftigung haben wie die Arbeiter. Dieses Handinhandarbeiten der Unternehmer und Arbeiter ist in Amerika bereits eingeleitet. Wann wird es in Deutschland möglich sein?

Fernerhin weiß man, daß das Leerlaufproblem nur dann zu lösen ist, wenn Unternehmer und Arbeiter auf der einen Seite mit den Auftraggebern aller Art, insbesondere auch mit den öffentlichen Auftraggebern und den Gesetzgebern Hand in Hand arbeiten. Zu diesem Zwecke sind unter Führung der Bundesregierung, der Regierungen der Staaten und der Verwaltungen der Städte planmäßige Feldzüge zur Aufklärung der Auftraggeber eingeleitet. Man findet Anzeigen in den Tageszeitungen, Bauarbeiten im Winter herauszubringen. Solche Anzeigen sieht man aber auch in den Zeitschriften, die sich mit Mode und Sport beschäftigen. So liest man zum Beispiel in einer Tageszeitung folgendes Inserat:

„Verlängert die Jahresarbeit im Malergewerbe. Helft den Malern in Eurem eigenen Interesse.“

Jetzt ist die beste Zeit für Malerarbeiten im Innern der Wohnungen und Häuser — besser als im Frühling. Zu viel Leute wollen im Frühling und Sommer die Malerarbeiten ausgeführt haben. Und dann gibt es nicht genug Maler. Sie wissen, was dann eintritt. Sie stehen und warten vergebens auf schnelle Ausführung. Sie zahlen Spitzenpreise, weil Sie die verstärkte Nachfrage bezahlen müssen. Es ist das alte Lied von Angebot und Nachfrage.

Und vergessen Sie dieses eine nicht: Nicht einer von hundert Malermeistern kann seine Leute in der Zeit schlechter Beschäftigung zusammenhalten. Er muß sie entlassen. Wenn das Geschäft wieder anhebt, ist er kaum imstande, sie alle wieder zusammenzubringen.

Hier ist der Punkt, wo der Kunde helfen kann, die schlechte Jahreszeit im Malergewerbe zu überwinden. Lassen Sie Ihre Malerarbeiten jetzt machen, noch dieses Winter.

November, Dezember, Januar und Februar sind die besten Monate des Jahres für innere Malerarbeiten. Ich habe dann mehr Zeit. Ich kann Sie schneller bedienen als im Frühling, und ich kann Ihrem Auftrag die größte persönliche Aufmerksamkeit bieten.

Etwas anderes noch: Im Winter sind Ihre Räume geheizt. Firnis und Farbe trocknen immer besser in geheizten Räumen. Dies verkürzt die Arbeit um viele Stunden und erspart Ihnen Geld und Unannehmlichkeiten. Übrigens kostet jede Malerarbeit, die nicht ausgeführt wird, mehr, als wenn sie gleich ausgeführt

wird. Wenn Sie also bei Ihren Malerarbeiten Geld sparen wollen, dann lassen Sie sie sofort ausführen. Sehen Sie Ihre Fußböden, Ihre Wände, Ihre Decken und Ihr Holzwerk an, und dann läuten Sie mich auf Ihr Malermeister.

Ueber dieser Anzeige, die ganz unpersönlich, ohne Namensnennung von der Meisterorganisation der Maler eingesetzt wird, findet sich außerdem noch ein Aufruf der Gewerkschaft der Maler zur Unterstützung der Aktion.

Von besonderer Bedeutung für die Stabilisierung der Arbeit im Baugewerbe und für die Erweiterung der Winterarbeit sind die Reparaturarbeiten. Diese Reparaturen im Innern der Wohnungen sind jedoch von den Umzugszeiten und der Gewohnheit abhängig, die Mietverträge zu bestimmten Fristen des Jahres abzuschließen. Man bemüht sich jetzt, diese Mietverträge gleichmäßig über das Jahr zu verteilen und Abschlußdaten zugrunde zu legen, die nicht alle auf den 1. April und 1. Oktober fallen.

Für diese Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Gesetzgebung haben die Organisationen der Unternehmer und Arbeiter des Baugewerbes in einzelnen Städten bereits besondere Bureau's geschaffen, die unter anderm auch die Aufgabe haben, den gesamten Bauplatz des Ortes wie des Bezirks und darüber hinaus auch des ganzen Staates statistisch zu verfolgen, Auskünfte und Beratungen zu erteilen, Erfahrungen über die Winterarbeit zu sammeln und die Auftraggeber zur Herausgabe der Winterarbeit zu beeinflussen.

Wie oben schon erwähnt, hat zu dieser Frage unser Verbandsvorstand seit Jahren Stellung genommen und auf die einzuleitenden Schritte hingewiesen. In den letzten Monaten hat er erneut unsere Filialvorstände ersucht, an die Meisterorganisationen heranzutreten, damit gemeinsam mit ihnen an Behörden, Bauausschüsse, öffentliche oder gemeinnützige Institute und private Auftraggeber Eingaben für Ausführung von Winterarbeiten gerichtet werden. Nach einem uns vorliegenden Bericht haben kürzlich die Malerinnung zu Bremen und unsere Filialverwaltung in der dortigen Tagespresse folgenden Aufruf erlassen:

„Die Beschäftigung im Malergewerbe im letzten Sommer hat ergeben, daß die Nachfrage nach guten Gehilfen nicht gedeckt werden konnte; hierdurch mußte vielfach eine Verzögerung der in Auftrag gegebenen Arbeiten eintreten. Da damit zu rechnen ist, daß der gleiche Mangelzustand sich auch im nächsten Frühjahr und Sommer wieder zeigen wird, ist den Behörden, Instituten, Hauseigentümern usw. dringend zu empfehlen, etwaige für nächstes Jahr vorgesehene Malerarbeiten schon jetzt ausführen zu lassen. In erster Linie kommen hierbei die Innearbeiten in Frage; diese Arbeiten können im Winter ebenso gut ausgeführt werden wie im Sommer. Auf alle Fälle muß aber darauf hingewiesen werden, daß auf die Ausführung derartiger Arbeiten in den Wintermonaten auch größere Sorgfalt verwendet werden kann und daß eher für besondere und schwierigeren Arbeiten geeignete Gehilfen zur Verfügung stehen.“

Unterzeichnete Verbände richten daher an alle Behörden, Institute, Hausbesitzer usw. die Bitte, festzustellen, ob nicht an ihren Gebäuden derartige Arbeiten notwendig sind, und, wenn dies der Fall sein sollte, diese Arbeiten schon jetzt in Auftrag zu geben. Wie oben bereits ausgeführt, ist in den Wintermonaten eine allen Wünschen entsprechende Ausführung der Arbeiten leichter gewährleistbar, da der Meister nicht gezwungen ist, ungelernete oder angelernte Arbeitskräfte heranzuziehen, was er zu seinem eigenen Bedauern in den Sommermonaten oft nicht vermeiden kann. Die Verteilung der Malerarbeiten auf das ganze Jahr ist nicht nur für das Malergewerbe (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und die Kundschaft selbst zum Vorteil, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung erforderlich. Werden die Malerarbeiten, wie bisher, auf die wenigen Sommermonate zusammengedrängt, so tritt im Winter leicht Arbeitslosigkeit im Malergewerbe ein und die Arbeitslosen fallen der Erwerbslosenfürsorge zur Last. Der Meister kann bei Verteilung der Arbeiten auf das ganze Jahr seine guten und eingearbeiteten Gesellen behalten und dauernd beschäftigen; es wird damit auch die Gefahr vermieden, daß die Maler in andere Berufe abwandern.

Daher bitten wir die Kundschaft nochmals dringend, in Aussicht genommene Malerarbeiten schon jetzt in Auftrag zu geben.

In verschiedenen Orten sind auf diesem Wege schon recht erfreuliche Resultate erzielt worden. Es muß darum möglichst überall in gleicher Weise weiter gearbeitet werden.

Gegen Anmaßung und Heuchelei.

Die Spitzenorganisationen der Unternehmer versuchen seit der Reichstagsauflösung dem deutschen Volke zu beweisen, daß die heutige wirtschaftliche Lage die Umkehr von der seit Jahren in Deutschland eingeschlagenen sozialen Richtung bedingt.

In einer gemeinsamen Kundgebung suchen der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Preis- und Lohnpolitik zu rechtfertigen, die notwendigerweise die schwersten Wirtschaftskämpfe nach sich ziehen muß.

Die Spitzenorganisationen der Arbeiter erheben gegen das Vorgehen der deutschen Unternehmer entschieden Protest. Industrie und Handel sind durch Wiederaufrichtung unserer Zollhoheit im Westen von erheblichen ausländischen Konkurrenzschwierigkeiten befreit, die Belastungen durch die Micum-Verträge sind in Fortfall gekommen und die Reparationsleistungen werden im laufenden Jahre durch die Mittel der Anleihe gedeckt.

Alles dies zeigt, daß die deutsche Industrie jetzt unter erheblich günstigeren Verhältnissen arbeiten kann als vor Schaffung dieser Erleichterungen. Das sie sich trotzdem zu dieser Kundgebung verstanden hat, beweist, in welchem geringen Umfange bei ihr Verständnis für die gerechte Forderung der Arbeiter auf gleichmäßige Verteilung der zu tragenden Lasten vorhanden ist.

Die Gewerkschaften stellen fest, daß alle bisherige steuerliche Erleichterung, auch die Anfang Oktober vorgenommene Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2% und die Ermäßigung der Frachtsätze sich bisher in keiner Weise preisentend ausgewirkt haben. Die hierdurch gewonnenen Beträge sind allein den deutschen Unternehmern zugute gekommen.

Während sich für die deutschen Unternehmer die Lage durch die Festigung der Mark gestärkt und durch Steuererleichterungen gebessert hat, fordern sie jetzt neue Vergünstigungen und bedrohen im Gegensatz dazu die Arbeiter mit weiterer Verschlechterung ihrer Lage durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch vermehrten Lohndruck.

Als Ausdruck werden sich die Gewerkschaften gegen die Behauptung der Industrie, daß eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit und ein Dinautreiben der Löhne an der Verteuerung der Produktion schuld

seien. Das Gegenteil davon ist erwiesen. Die Arbeitszeit ist seit Jahresfrist schematisch verlängert worden, ohne jedes wirkliche Bedürfnis der Wirtschaft. Die Löhne sind weit unter Friedensstand herabgesetzt, ohne daß eine merkliche Senkung des Preisniveaus eingetreten wäre.

Die Gewerkschaften verlangen eine Arbeitszeit, die ohne dauernden Nachteil der Gesundheit geleistet werden kann und Raum läßt für die Mitarbeiter aller Arbeitsfähigen, und einen Lohn, den der deutsche Arbeiter nicht tief unter den Stand aller Produktionsländer herabdrückt, sondern ausreichend ist für die Erneuerung der körperlichen, geistigen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen.

Inbesondere ist die Aufrechterhaltung der Zwölfstundensystemen in der Schwerindustrie, in denen die Arbeiter unter hohen Temperaturen, Dünsten, Dämpfen oder chemischen Einflüssen leiden, unverträglich mit den Vorbedingungen einer gesunden Wirtschaft, die nicht zuletzt auf einer gesunden und arbeitsfreudigen Arbeiterschaft beruhen. Dieses System muß zu schweren Wirtschaftsstörungen führen, da die Arbeiter dieser Betriebe sich nicht dauernd zu solcher mörderischen Arbeitsweise verschlaven lassen.

Die Gewerkschaften sind sich völlig einig, Deutschland wirtschaftlich stark zu machen und so bald als möglich von den ihm auferlegten Lasten zu befreien. Der Weg zu diesem Ziel ist aber ein anderer als der der Unternehmerschaft, die im Vollgefühl ihrer wirtschaftlichen Macht die Arbeiter durch ein Diktat zur alleinigen Tragung der Lasten zwingen will.

Die Arbeiter und Angestellten werden sich weder durch Versprechungen noch Drohungen in der Vertretung ihrer gewerkschaftlichen Grundsätze und Erwerbsansprüche beirren lassen. Sie wissen, daß starke Gewerkschaften den besten Schutz bilden gegen die wahrlich nicht auf papiernen Kundgebungen beschränkten arbeitersindlichen Absichten des Unternehmertums.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund. Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Zur Lehrlingsfrage.

Die Handwerksmeister stehen bekanntlich auf dem Standpunkt, daß die Regelung der Lehrlingsangelegenheiten und ganz besonders deren Entlohnung ausschließlich Sache ihrer Innungen und Handwerkskammern sei. In diesen Körperschaften sind sie vollständig unter sich, denn der Einfluß der Gehilfenvertreter ist dank der maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen gleich null.

heraus sogenannte „Erziehungsbeihilfen“ festgesetzt hat. Sie sind aber auch danach. So gelten für den Kammerbezirk, und zwar für das gesamte Baunebengewerbe vom 1. Januar 1923 an folgende Sätze:

1. Halbjahr	Prozente des Gehilfenlohnes:		Somit des Lehrlingswöchentlichen Lohnes:	
	Nichts	Nichts	Nichts	Nichts
1. Halbjahr	1 bis 2 %	36 bis 72 Pfennig		
2. "	2 "	72 "	98 "	
3. "	3 "	98 "	144 "	
4. "	4 "	144 "	206 "	
5. "	6 "	206 "	360 "	
6. "	10 "	360 "	540 "	
7. "	15 "	540 "		
8. "	20 "			

Im Malergewerbe gilt die dreijährige Lehrzeit. Es erhält also ein Malerlehrling im letzten Halbjahre seiner Lehrzeit die horrenden Entschädigung von wöchentlich 2,06 bis 3,60 M. Daß mit solch niedrigen Sätzen der Lehrlingsmangel nicht behoben werden kann, leuchtet ohne weiteres ein, und so ist es eigentlich selbstverständlich, daß in vielen Fällen mehr bezahlt wird.

Mit diesem Antrag sind wir übrigens noch an verschiedene andere Kammern herangetreten, erhielten aber überall die Antwort, daß man mit den Gewerkschaften nichts zu tun haben wolle. In Nürnberg und München werden denn auch die Entschädigungen in unserem Sinne festgelegt. Sie betragen seit längerer Zeit 3, 6 und 9 M. Die Kammer von Schwaben in Augsburg lehnt eine Regelung überhaupt ab, und auch das durch uns veranlagte Vorgehen des Schiffsobmannes hatte keinen Erfolg.

Im ersten Lehrjahre 3 M, im zweiten Lehrjahre 5 M und im dritten Lehrjahre 7 M pro Woche. Weiter wurde einstimmig beschlossen: In Orten, in denen keine Entschädigungsfrage für die Lehrlinge festgelegt sind, sollen diejenigen Sätze gelten, die in Orten mit der gleichen Tariflohnstufe gezahlt werden müssen.

Wenn auch diese Sätze, gemessen an den dortigen örtlichen Verhältnissen, noch recht bescheiden sind, so ist aber doch ein Anfang gemacht und so der Grundstock für weiteren Aufbau gelegt. Es ist aber auch der Weg gezeigt, wie es unter den heutigen Umständen möglich gemacht werden kann, für die Lehrlinge etwas zu tun. Damit kann aber unserer Forderung, nach der die Regelung der Lehrlingsangelegenheiten ausschließlich Sache der Träger des Reichstarifes ist, nicht Abbruch getan werden.

Ein neues Lohnabkommen für Rheinland und Westfalen.

Am 7. November fanden in Düsseldorf mit dem Rheinisch-Westfälischen Maler-Innungsvorband Verhandlungen statt, um ein neues den veränderten Teuerungsverhältnissen entsprechendes Lohnabkommen abzuschließen.

Die Kunst im Arbeiterheim.

Neben die Schander des schwachen Niederganges der deutschen Kultur trägt der schönheitsdürstigen, wertersehenden Arbeiterklasse wie sonnendurchflutetes Neuland eine hohe Kulturidee. Hebung von Kultur und Bildung hat sich die im Jahre 1921 von den vier Organisationen des deutschen Gewerbes ins Leben gerufene Genossenschaft Volkstumverlag „Das Bild“ zum Ziele gesetzt.

Auffrebens, in der die arbeitende Klasse bereit gewesen wäre zum Empfang reichlicher Kunstschöpfung und zum erlebnisreichen Mitmachen, wurde sie vergiftet mit unwürdigstem Schund. Der Volkstumverlag „Das Bild“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, hier Breche zu schlagen. Schätze der bedeutendsten Meister der bildenden Künste aller Kulturepochen sollen in vornehmen, originalgetreuen Wiedergaben herausgegeben werden.

Die Bildungsausschüsse, die Verlagsanstalten und Buchhandlungen der Sozialdemokratischen Partei, der Volkshäuser, der Konjunkturgenossenschaft, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Deutschen Holzarbeiter usw. in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Breslau und andern Städten haben sich der Genossenschaft angegeschlossen beziehungsweise ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung gestellt.

erklärten die Unternehmer, keine Lohnzulage bewilligen zu können. Die seit der Vereinbarung des letzten Lohnabkommens eingetretene Verteuerung der Lebenshaltungskosten wurde mit keinem Wort bestritten. Als Grund für die Ablehnung wurden die festereinstufigen Preise, die scharfe Konkurrenz und die allgemeine ungünstige Lage des Gewerbes angegeben. Auch wurde auf die gescheiterten Lohnverhandlungen im Bau- und Holzgewerbe hingewiesen. Trotz der schwerwiegenden Gründe, die für die Berechtigung einer Lohnsteigerung angeführt wurden, verharteten die Unternehmer bei ihrem ablehnenden Standpunkt.

Die Verhandlungskommission beschloß einstimmig die Entsendung des Schlichters in Dortmund anzurufen.

Am Freitag, den 20. November, fanden die weiteren Beratungen vor dem Schlichter statt. Nach langen Verhandlungen wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

Die Stundenlöhne werden für die Zeit vom 21. November an wie folgt festgesetzt:

Table with 2 columns: Location (Köln, Düsseldorf, Bergisches Land, Westfälisches Westfalen) and corresponding wage rates for various dates in December 1924.

Vorstehende Regelung gilt auf unbestimmte Zeit und kann mit einer einwöchigen Frist zum Schluß einer Lohnwoche, frühestens zum 26. Dezember 1924 gekündigt werden.

Beide Parteien erklärten die Annahme des Schiedspruches. Der Schiedsspruch bringt nicht den vollen Ausgleich der Teuerung, die seit der letzten Vereinbarung eingetreten ist. Es ist dieses keine erfreuliche Erscheinung. Wollen wir nicht, daß die Lebenshaltung bei ansteigender Teuerung noch weiter herabgedrückt wird, dann müssen wir reiflich alle Kollegen dem Verbande zuführen, damit wir bei gegebener Zeit einen stärkeren Einfluß zur Geltung bringen können.

Lackierer.

Streik und Aussperrung in der Thüringer Metallindustrie.

Wegen unerhöht niedriger Löhne und den Arbeitern zugemuteten Verschlechterungen in einem neuen Mantelvertrag, steht die Metallarbeiterschaft in Greiz und Zeulenroda seit 6 Wochen im Kampf. Da Verhandlungen der Parteien beim Schlichtungsausschuß und Reichsarbeitsministerium keine Verbesserungen brachten, ging die Arbeiterschaft in einer Reihe anderer Orte zum Angriff über, worauf das Unternehmertum mit Aussperrungen antwortete. Die Industriellen drohen nun mit der Gesamtaussperrung, wenn bis zu einer bestimmten Zeit die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird.

Von unsern Lackiererkollegen kommen zunächst die in Eisenach, Göttingen und Saalfeld in Frage. Wie verlautet, sollen die Unternehmer arbeiten, die bis auf die Lackierung fertig sind, jetzt schon nach andern Orten verschoben haben. Die Kollegen haben deshalb darauf zu achten, daß sie nicht Streikarbeiten verrichten und damit ihren Kollegen in den Klüden fallen. Auch muß jeder Zugang von Lackierern nach den thüringischen Städten unterbleiben.

Gegen die Berufsunfälle.

Leider besteht auch bei vielen Arbeitern — unsere Kollegen am allerwenigsten ausgenommen — eine große Gleichgültigkeit gegen die schweren Unfallgefahren, denen sie ständig ausgesetzt sind. Leitern und Gerüste sind oft, jetzt mehr noch als früher, in einem so mangelhaften Zustand, oder es wird so leichtfertig mit ihnen umgegangen, daß es vielfach nur als ein Wunder anzusehen ist, daß nicht noch viel mehr schwere Unfälle vorkommen als es schon der Fall ist. In der letzten Nummer der „Süddeutschen Malerzeitung“ erklärt jetzt auch die Münchner Malerinnung folgende Warnung:

Ein neuerlicher schwerer Unfall eines Malergehilfen durch Absturz vom 3. Stock infolge fehlender Schutzvorrichtungen gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß auch beim Anstreichen von Fensterböden in allen Fällen, bei denen es notwendig ist, auf die äußere Fensterbank hinauszutreten, und bei denen nicht bereits ein äußeres Schutzgerüst oder Fanggerüst vorhanden ist, Arbeiten nur unter Verwendung von guten Sicherheitsgürteln und Seilen ausgeführt werden dürfen. Der Unternehmer ist verpflichtet, diese zur Verfügung zu stellen und die Arbeiter zu ihrem Gebrauch anzuhalten. Versäumt er seine Pflicht in dieser Hinsicht, so hat er gerichtliche Bestrafung wegen fahrlässiger Körperverletzung, gegebenenfalls wegen fahrlässiger Tötung zu erwarten.

Es ist durchaus zu begrüßen, wenn die Unternehmer auch von ihren eigenen Organisationen besonders zum Nutzen ihrer eigenen persönlichen und materiellen Interessen — denn das hilft mehr als menschlich-humanitäre Hinweise — zur Beachtung der Arbeitsschutzvorschriften ermahnt werden. Ebenso notwendig ist aber auch eine strenge Kontrolle durch geeignete Organe und die Wachsamkeit unsere Kollegen selbst. Durch können viele Unfälle, die oft sogar den Tod oder dauernde Erwerbsunfähigkeit oder Siechtum zur Folge haben, vermieden werden.

Notwendig ist ferner, daß dem Verbandsvorstand und dem „Maler“ alle Unfälle — auch geringfügigere — gemeldet werden. Nur dadurch kann der Arbeiterschutz weitere Fortschritte machen.

Leipzig. Bei einem Fassadenstrich verunglückte am 5. November unser Kollege Georg Ritscher. Die Ursache war, wie schon so oft, die übermäßige Ausnützung der Arbeitskraft der Gerüstbauer, die nicht nur in den frühesten Morgenstunden, sondern auch noch nach Eintritt der Dämmerung in den späten Nachmittagsstunden das Leitgerüst aufgestellt hatten. Der Hinweis eines auf der Unfallstelle beschäftigten Kollegen, daß die Gerüstleitern zu weit auseinander stehen, infolgedessen keine sichere Unterlage für die Rüstbretter bieten, wurde von dem Beauftragten der Leitergerüst-Bauanstalt damit abgetan, daß er erklärte, längere Rüstbretter verwenden zu wollen. An der Unfallstelle lagen diese jedoch nur etwa 5 cm an jeder Seite über die Leiterstrosen hinaus. Das Durchbiegen der Rüstbretter war die unausbleibliche Folge zum Sturz, der noch schlimmere Folgen haben konnte, wenn der Verunglückte nicht auf einen starken Draht gefallen wäre, der den bölligen Absturz aufhielt. Immerhin erlitt der verunglückte Kollege einige Rippenbrüche.

Wir warnen unsere Kollegen eindringlich vor dem Betreten derartiger mangelhaft aufgestellter Gerüste. Gegen die Gerüstbaufirma ist ein Strafverfahren eingeleitet.

Aus unserm Beruf.

7. Bezirk.

In der Zeit von Ende Oktober bis Mitte November fanden in fast allen Filialen und einigen größeren Zahlstellen des Bezirks Versammlungen statt, in denen der Bezirksleiter Kollege Bax sowohl über die Beschlüsse des Rates wie über die letzten zentralen Lohnverhandlungen referierte. Die Versammlungen waren mit einigen Ausnahmen gut besucht; Geist und Stimmung vortrefflich. Die Beschlüsse des Rates wurden mit Freuden begrüßt und als ein Zeichen der Wiedergeburt des Verbandes gewertet. Besonders der ablehnende Beschluß in der Verschmelzungsfrage fand einmütige Zustimmung, obwohl der Referent auf das Für und Wider gar nicht einging. Die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung wurde mit Genugtuung aufgenommen und der Wunsch ausgesprochen, sobald es die finanziellen Verhältnisse gestatten, den früheren Zustand wieder herzustellen. Auch den feinerzeit bestehenden besonderen Unterstützungsstellen wurde das Wort geredet. Ganz besonderes Interesse erweckte die Schaffung einer eigenen Fachzeitung.

Vom Deynhausen. Eine sonderbare Stellung der tariflichen Regelung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenüber nimmt die Innung von Deynhausen ein. Bis zum Jahresabschluss 1923 gehörte die Innung dem Rheinisch-Westfälischen Maler-Innungsverband an. Dadurch war das Arbeitsverhältnis geregelt. Die Lohnabkommen des Bezirks hatten ebenfalls Geltung. Als die Löhne des Lohngebietes östlich von Westfalen, zu dem Deynhausen gehörte, höher standen als in Niedersachsen, da kamen die Herren auf die gute Idee, aus dem Rheinisch-Westfälischen Maler-Innungsverband auszuschleichen und sich dem Bezirksverband für Niedersachsen anzuschließen. Da nun mittlerweile die Löhne in Niedersachsen höher stehen als im östlichen Westfalen, ziehen sie es vor, sich vorläufig keinem Verbandsverbande anzuschließen, weil sie so, wie Herr Obermeister Witte sagte, besser ihre Interessen wahrnehmen können. Dieser Risikofakt wird leider von unsern Kollegen unterstützt. Hätten die Kollegen von Deynhausen sich bei passender Gelegenheit unsern Verbände angeschlossen, dann hätten die Herren niemals auf solche Gedanken kommen können. Wiederholt wurde im Frühjahr und Sommer versucht, an die Kollegen heranzutreten, um sie zu organisieren und dann die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Aber nur wenige Kollegen hatten für uns ein geneigtes Ohr. Statt darauf zu achten, daß der bisher bestandene Tarifvertrag eingehalten wurde und die Lohnabkommen der Nachbarorte Geltung erhielten, wurde 9, 10 und noch mehr Stunden täglich gearbeitet. Trotz steigender Teuerung ließen die Löhne zurück. Es entstand eine Spanne von 11 bis 13 % pro Stunde gegenüber dem östlichen Westfalen und Niedersachsen. Nachdem jetzt die Arbeitslosigkeit nachgelassen hat, die Tagesshelle keine 10- und mehrtägige Arbeitszeit gestattet, zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wie unhaltbar die Löhne für unsere Kollegen geworden sind. Nun soll der Verband helfen. Das, was in der Zeit der guten Konjunktur verfaßelt worden war, soll jetzt auf einmal nachgeholt werden. Der Bezirksleiter, Kollege Weinger, wurde beauftragt, beim Obermeister vorstellig zu werden, um den Reichstarifvertrag und die Lohnabkommen vom östlichen Westfalen oder Niedersachsen zur Anerkennung zu bringen. Der Obermeister lehnte es ab, der Innungsversammlung vorzutreten. Die Innungsversammlung beschloß, den Stundenlohn von 55 % auf 64 % zu erhöhen. Dieser Stundenlohn soll nicht der Mindestlohn, sondern der Spitzenlohn sein. Der Abschluß eines Tarifvertrages wurde als nicht zweckmäßig erachtet. Also, statt eines iustitij geregelten Arbeitsverhältnisses unter Zustimmung der Organisation, ein Nachspruch einer Innungsversammlung. Es ist jedem einzelnen Unternehmer überlassen, den Lohn zu zahlen, den er für gut hält. Nur darf er nicht über 64 % pro Stunde hinausgehen. Eine Regelung der Arbeitszeit, Ueberstunden-aufsicht, Fahrgelder, Vergütung bei auswärtigen Arbeiten, Gefahrenzulagen usw. wurden als „unzweckmäßig“ bezeichnet. Hätten die Kollegen von Deynhausen seit jeher die richtige Lehre aus der Einstellung der Innung gezogen, dann stände heute kein Kollege mehr seiner Berufsorganisation fern. Die Innung würde dann auch anders können. Die Ansätze zur Schaffung einer guten Organisation müssen nunmehr mit allen Kräften fortgesetzt werden; es darf jetzt nicht eher geruht werden, bis alle Kollegen von Deynhausen unserm Verbands an-

gehören. Dann wird die Organisation schon bei gegebener Zeit dafür sorgen, daß wieder Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die für unsere Kollegen erträglich sind.

Frankfurt a. M. Der Verbandsbeirat hat in seiner letzten Sitzung einige wichtige Beschlüsse gefaßt, die das Organisationsleben tief berühren. Unsere Filialverwaltung arrangierte deshalb in fast allen größeren Zahlstellen Mitgliederversammlungen, um den Kollegen Gelegenheit zu geben, zu den Beschlüssen Stellung zu nehmen. In 48 Orten unseres Filialgebietes standen an den letzten Sonntagen Zahlstellenversammlungen beziehungsweise Versuche durch Kollegen der Filialverwaltung statt. Die Versammlungen waren in den meisten Fällen gut besucht, ein Beweis für das Interesse, das die Kollegen den vom Verbandsbeirat behandelten Fragen entgegenbringen. Die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung wurde von den Kollegen durchweg begrüßt. Doch wurde verschiedentlich angeregt, sobald die Finanzlage des Verbandes es gestattet, die erhöhte Krankenunterstützung mit Staffelbeiträgen, wie sie in den letzten Friedensjahren bestand, wieder in Kraft zu setzen. Der Beschluß des Beirates in der Verschmelzungsfrage wurde allgemein gutgeheißen. In vielen Orten, in denen die Kollegen früher sehr lebhaft für die Verschmelzung und Schaffung von Industrieverbänden eintraten, ist man jetzt gegenteiliger Meinung geworden. Nicht zum wenigsten dürfte zu diesem Stimmungsumschwung das Versagen großer Industrieverbände in der Frage des Achtsundzweigtages und in der Lohnfrage beigetragen haben. Ganz besonders wenden sich auch die Lackierer in der Metallindustrie auf Grund der gemachten Erfahrungen gegen die Verschmelzung. Die vom Beirat beschlossene Herausgabe einer fachtechnischen Monatschrift zur Weiterbildung der Kollegen auf fachlichem Gebiete wurde ebenfalls lebhaft begrüßt. Die Zahlstellen Witten und Büdeshelm konnten im vergangenen Jahre auf ihr fünfundsiebzigjähriges Bestehen zurückblicken. Infolge der schwierigen Verhältnisse in der Inflationsperiode des vergangenen Jahres war von einer festlichen Veranstaltung Abstand genommen worden. Kollege Franz, ein Mitbegründer der Zahlstelle (früher Filiale) Witten, nahm in der Versammlung die Gelegenheit wahr, und gab ein Bild vom dem Entwicklungsgang der Zahlstelle seit ihrem Bestehen. Interessant waren besonders seine Ausführungen über die damaligen Schlägen, denen unsere Organisation durch die Behörden ausgesetzt war, und die Ueberwachungen unserer Versammlungen durch Polizeiorgane. Lobend erwähnte Kollege Franz das Interesse und die tätige Mitarbeit der einzelnen Kollegen in den früheren Jahren. Die anhaltende Stabilisierung der Wirtschaftsverhältnisse, die verhältnismäßig gute Konjunktur in unserm Berufe und die Erfolge unserer Organisation im vergangenen Jahre bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben zur Hebung der Organisationsfreudigkeit der Kollegen erheblich beigetragen. In den meisten Zahlstellen sind die Kollegen an Orte reiflos organisiert. In den übrigen Orten sind es nur ganz wenige hartgesottene und egoistisch eingestellte Kollegen, die den Wert der Organisation nicht erkennen wollen und die sich nicht schämen, zu ernten, wo andere gesät haben. Die im gleichen Zeitraum stattgefundenen Bezirksversammlungen im Stadtgebiet Frankfurt a. M. wiesen leider nicht den Besuch auf, den man hätte erwarten können. Doch war auch in diesen Versammlungen der Geist der Kollegen ein durchaus guter. Die Beschlüsse des Verbandsbeirates fanden ebenfalls im allgemeinen die Zustimmung der Kollegen.

Kollegen! Auch während der Wintermonate muß jeder auf dem Posten sein. Der Ablauf unseres Lohnabkommens und unseres Tarifvertrages im kommenden Frühjahr bringt uns neue und schwere Aufgaben. Auch die Kollegen in der Metallindustrie müssen aus der Ferse heraus und für die Verbesserung ihrer Lage eintreten. Andere wichtige Aufgaben harren ihrer Erledigung. Nur wenn jeder mit schafft am großen Werk der Organisation, werden wir unsern Aufgaben gerecht werden können. Die Beschlüsse des Verbandsbeirates sind ein weiterer Schritt zur Stärkung unserer Organisation und zum Nutzen der Kollegen. Es geht wieder vorwärts und aufwärts. Darum frisch ans Werk! Es gilt unserer gemeinsamen Sache. J. A.

Submissionen. Aus Bremen wird uns berichtet, daß der beiderseitige Anstrich der Fenster beim Neubau der dortigen Sipokaserne öffentlich ausgeschrieben wurde. Die Eröffnung der Angebote erfolgte am 17. November und ergab folgendes Resultat:

Für dreimaligen weißen Anstrich und einmal weiß Lackieren gaben für die etwa 1260 Fenster und Türen, von denen die beiden letzten Innenanstriche erst dann gemacht werden können, wenn der Anstrich der Wände in den Innenräumen erfolgt ist, folgende Geschäfte als Preis ab:

Table with 2 columns: Contractor Name and Price. Includes entries like Kary, Githjohann, R. Meyer, Funke, Ellermann, Behmüller, Schnatenberg, Rode, Biehlers & Brumlop, Eichholz, Engelle, Follers, Wünsch, Drieschmann, Diefmann, Hüding, Lange, Monjeos.

Außerdem gaben noch drei Firmen Preise ab; aber nicht für alle 4 Lose. Sollte das Hochbauamt oder die Baudeputation nun dazu übergehen und einem der niedrigsten Angebote den Zuschlag erteilen, so steht fest, daß dieser Unternehmer die Arbeit an die Gehilfen in Afford vergibt unter gedrückten Lohnbedingungen; oder es ist zu befürchten, daß auf irgendeine Art ein Anstrich gesparrt wird und die Baubehörde beziehungsweise der Staat betrogen wird. Die Obmänner der beiden Vertragsparteien haben daher der Baudeputation mitgeteilt, daß der richtige Preis zwischen 8000 und 10000 M liegt, und ersucht, bei derartigen Angeboten das Mittelpreissverfahren einzuführen, da damit derartige Unterangebote nicht mehr möglich sind. Ob diesem Vorschlage wird, muß sich zeigen. Ebenso wurde empfohlen, der Baube-

